

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

28 (2.2.1922)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Verlagspreis: Durch unsere Träger zugestellt 12 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 12 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 11 M. monatlich. — Einzelnummern 50 Pf. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 6.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Teilstreik der Eisenbahnbeamten

Vorläufig keine Verkehrsstörung — Energische Maßnahmen der Regierung

Berlin, 1. Febr. (Privattelegr.) Der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter beschloß heute früh 5 Uhr mit 20 gegen 15 Stimmen bei einer Stimmenthaltung, daß sämtliche Mitglieder des Verbandes im ganzen Reich heute Nacht um 12 Uhr in den Streik zu treten haben. Nach den vorliegenden Mitteilungen wird die Minderheit im Vorstand sich dem Beschluß fügen.

II. Berlin, 1. Febr. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten heute früh 5 Uhr alle bis dahin erreichbaren Direktionsbezirke stillzulegen. Die allgemeine Streikparole ist bereits ausgegeben. Die früher nicht erreichbaren Eisenbahnbediensteten werden spätestens heute Nacht in den Aufstand treten. Die durch die Profamierung des Streiks geschaffene Lage ist bis zur Stunde noch völlig unübersichtlich. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft ist heute vormittag zu einer weiteren Sitzung zusammengetreten, die bis zur Stunde noch andauert und sich wahrscheinlich bis zum späten Abend hingehen dürfte. Die übrigen Eisenbahnorganisationen stehen der Streikparole durchaus ablehnend gegenüber. Die gemäßigten Elemente unter den Eisenbahnern geben der Forderung Ausdruck, daß sich diese Bewegung schnell lösen müsse. Wie aus von einigen gut unterrichteten Gewerkschaftsführern anderer Eisenbahnorganisationen mitgeteilt wird, dürfte der Streik nur kurze Zeit dauern und eine vollständige Einstellung des Betriebes nicht herbeiführen.

III. Berlin, 1. Febr. Wie das Reichsverkehrsministerium mitteilt, hat das scharfsinnige Vorgehen der Reichsgewerkschaft, wie bisher bekannt geworden ist, die Stellung der Reichsbahn sehr erschwert, und es ist fraglich, inwieweit der Streikproklamation Folge geleistet wird. Die Reichsbahn hat alle Maßnahmen getroffen, um den lebenswichtigen Verkehr durchzuführen. Besonders wird auf die Beförderung von Lebensmittel, Kohlen und Zeitungspapier Rücksicht genommen werden.

Eine Verordnung des Reichspräsidenten

III. Berlin, 1. Febr. Auf die Nachricht des Streikbeschlusses tritt eine Verordnung des Reichspräsidenten in Kraft, worin es heißt:

Den Bahnbeamten ist ebenso wie allen übrigen Beamten nach dem Beamtenrecht die Einstellung oder Verweigerung der Arbeit verboten. Wer hierzu auffodert, wird mit Gefängnis und Geldstrafe bis zu 5000 M. bestraft. Ebenso wird bestraft, wer Anlagen und Betriebsmittel betriebsunfähig macht. Die Reichsverordnung ermächtigt den Reichsverkehrsminister zur Sicherstellung der Postdienstleistungen. Die arbeitsunfähigen Eisenbahner dürfen wirtschaftlich nicht benachteiligt werden. Solche Benachteiligungen werden mit Gefängnis und Geldstrafe bestraft.

III. Berlin, 1. Febr. In Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten hat der Polizeipräsident von Berlin folgende Maßnahmen angeordnet: Alle zum Durchführen des Streiks bestimmte Gelder sind zu beschlagnahmen; die Drucklegung von Aufzügen, die Aufforderungen zum Streik enthalten, ist zu verhindern; Aufzüge zum Streik sind zu beschlagnahmen; Personen, die zum Streik auffordern oder sich nach § 316 des Strafgesetzbuches strafbar machen, sind festzunehmen.

Soweit wir bis Redaktionsschluss die Lage zu übersehen vermögen, ist der Streikbeschluss der Reichsgewerkschaft (ein Unterverband des Deutschen Beamtenbundes) ein totgeborenes Kind. Ganz abgesehen von den energischen Gegenmaßnahmen der Regierung, die im Interesse des Volksgesundes nötig sind, herrscht unter den Beamten selbst wenig Streikstimmung, in Süddeutschland schon gar nicht. Es kommt aber noch anderes hinzu.

Wer an verantwortlicher Stelle stehend, zu entscheiden hat, ob er eine große, gewerkschaftliche Bewegung bis zum Streik weiter führen soll, der muß sich gewissenhafterweise die Frage vorlegen, ob der Streik in der öffentlichen Meinung eine nachhaltige Stütze finden werde. Will das für alle großen Streiks, so gilt es am allermeisten für solche, die sich gegen Organe der öffentlichen Verwaltung als die Arbeitgeber wenden und die darum schon von vornherein als politische Angelegenheiten zu betrachten sind.

Steht man die Sache von diesem Standpunkt aus, so muß man sagen, daß es ein schon mehr als gewagtes Unternehmen ist, wenn die Führer der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten von der Drohung mit dem Streik zur Tat übergehen. Es wird von keiner Seite bestritten, daß unter den schlechtesten bezahlten Eisenbahnbeamten Erregung herrscht, und daß Gründe zur Unzufriedenheit bestehen. Wer aber den Eisenbahnbeamten deswegen rät, zur Durchsetzung ihrer Forderungen mit dem Streik vorzugehen, ist ihnen ein schlechter Freund.

Die Reichsregierung ist zwar grundsätzlich bereit, über die Abstellung berechtigter Beschwerden zu verhandeln, lehnt aber die Forderungen der Reichsgewerkschaft wegen ihrer ganz enormen Kosten als unerfüll-

bar ab. Es muß ausgesprochen werden, daß die Reichsregierung in dieser Frage einzig ist, daß die sozialdemokratischen Minister darüber nicht anders denken als die bürgerlichen, und daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ebenso denkt wie die sozialdemokratischen Minister. Das Reich kann heute technisch alle Forderungen seiner Angestellten befriedigen, aber es hat dazu nur ein Mittel, nämlich immer neues Papiergeld zu drucken, und damit befriedigt es in Wirklichkeit die Forderungen nicht, sondern betrügt sie höchstens. Wird der Reichshaushalt mit einemmal mit einigen Dutzend Milliarden Mark — wie wir gestern schon in einer Berliner Meldung mitteilen, handelt es sich um eine Mehrbelastung des Staats von 50—60 Milliarden Mark — neu belastet, so sinkt der Wert des Papiergeldes rapid, die bewilligten Gehaltserhöhungen sind durch die Geldentwertung in kürzester Zeit wieder weggemacht und was übrig bleibt, ist eben nur die Geldentwertung, unter der dann mit den Beamten zusammen auch die übrigen Schichten der Bevölkerung, vor allem die Arbeiter, leiden. Darum muß jede, ehrlich verhaltende Regierung bestrebt sein, heftige Sprünge in den Reichsausgaben zu vermeiden, sie würde damit niemandem nützen, aber allen schaden.

Nun will die Reichsgewerkschaft, deren Führung gewechselt hat, und die nun zeigen will, was sie kann, dem Reich ihre unerfüllbaren Forderungen durch einen Streik abtrotzen. Es ist insofern eine große Debatte über das Streikrecht der Beamten entstanden, das von der einen Seite ebenso entschieden verneint, wie von der anderen Seite leidenschaftlich bejaht wird.

Es wäre falsch, zu betonen, daß auch die Dienpflicht der Beamten ihre Grenzen hat. Auch der Beamte hat sein Recht auf Erziehung und sein Recht als freier Staatsbürger, erforderlichenfalls mit den letzten Mitteln zu verteidigen. Aber er muß stets darauf gefaßt sein, daß sein moralisches Recht zum Streiken viel enger interpretiert wird als das der Arbeiter im kapitalistischen Privatbetrieb. Nur in aller äußersten Fällen eines besonderen, sichtbaren Notstandes kann ein Beamtenstreik die öffentliche Meinung auf seiner Seite finden. Jedenfalls müssen aber, bevor der Streik ausgerufen ist, die letzten Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft und vorher die Verbindung mit allen in Frage kommenden Organisationen hergestellt sein. Das ist in diesem Falle nicht geschehen. Wäre das geschehen, so wäre auch die Verordnung des Reichspräsidenten und die sonstigen Maßnahmen der Regierung nicht notwendig geworden.

Man befreit unter diesen Umständen, daß der, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossene Deutsche Eisenbahnerverband dem Vorgehen der Reichsgewerkschaft kritisch gegenübersteht, und daß auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur Streikbewegung unter den Eisenbahnbeamten eine ablehnende Haltung einnimmt. Es müßte sehr die Aufgabe aller Beteiligten sein, das Hebel auf das geringste Maß zu beschränken und die drohende Gefahr einer allgemeinen Wirtschaftskalamität, die für das ganze Volk bittere Not bedeutet, zu beschwören.

Baden unerührt

Karlsruhe, 2. Febr. Wie uns von zuverlässiger Stelle mitgeteilt wird, hat sich in den badischen Verkehrsverhältnissen bis heute morgen nicht das geringste geändert. Der Betrieb wird in normaler Weise aufrechterhalten.

Karlsruhe, 2. Febr. Nachdem die ziemlich ablehnende Stellungnahme der württembergisch-bayerischen Landesgruppen der Reichsgewerkschaft bekannt wurde, sahien auch die badischen Lokomotivführer den Beschluß, vorläufig nicht in den Streik einzutreten.

Auch keine Streikluft in Württemberg und Bayern

III. Stuttgart, 1. Febr. Der Vorstand der Landesstelle Württemberg der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten hat heute nachmittags einstimmig beschlossen, die festgelegte Durchführung des Streikbeschlusses der Reichsgewerkschaft abzulehnen, weil das Abstimmungsresultat des Beschlusses nach gewerkschaftlichen Grundsätzen die Ablehnung des Streiks bedeutet. Nach Mitteilung der Eisenbahngeneraldirektion Stuttgart sei bei der Besonnenheit und Pflichterfüllung des württembergischen Personals in Aussicht zu nehmen, daß der Streik in Württemberg vermieden wird.

III. München, 1. Febr. Wie die „Münch. N. Nachr.“ mitteilen, mißbilligt das bayerische Verkehrspersonal das Vorgehen der Reichsgewerkschaft entschieden und denkt fernerhin nicht an einen Streik. Weiter erfährt das Blatt, daß der bayerische Verkehrsbeamtenverein den Streik mit der gleichen Entschiedenheit ablehnt, wie er es gelegentlich des Ausdrucks des letzten württembergischen Streiks in Westdeutschland an den Tag legte. Auch der Staats-Techmiker-Verband weist jeden Streikgedanken von sich. Der Deutsche Eisenbahnerverband will erst, Befragungen von Berlin abwarten.

Die Streikleitung unsichtbar

II. Berlin, 2. Febr. Die Streikleitung der Reichsgewerkschaft hat sich nach der von der Regierung erlassenen Unnahmeverordnung aus Sicherheitsgründen unsichtbar gemacht. Der Vorstand der Reichsgewerkschaft erklärt bis zur Stunde von den Maßnahmen der Streikleitung selbst nichts zu wissen. Es sei völlig unklar, wie die Parole an die Ortsverbände gelangen sollte.

Beginn des Streiks in Frankfurt a. M.

III. Frankfurt a. M., 2. Febr. (Telunion.) Im Frankfurter Direktionsbezirk hat der Streik um Mitternacht begonnen. Die Verwaltung wird versuchen, die lebenswichtigen Linien aufrechtzuerhalten, doch ist nicht mit Gewißheit damit zu rechnen, daß das gelingen wird.

Keine Störung des Betriebes in Berlin

Berlin, 2. Febr. (Privattelegr.) Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ berichtet, verkehren alle Züge auf dem Potsdamer Bahnhof wie auch auf den anderen Bahnhöfen fahrplanmäßig. Die der Reichsgewerkschaft angeschörenden Beamten wissen nichts von dem Streikbeschluss für heute Nacht 12 Uhr.

Kein Streik im besetzten Gebiet

III. Köln, 1. Febr. Die Internationalisierte Heilfürsorgekommission in Koblenz hat hierher mitgeteilt, daß die Rheinlandkommission in Koblenz im Einvernehmen mit dem Oberkommando der Rheinarmee beschlossen hat, den Streik der Eisenbahner im besetzten Gebiet nicht zu dulden. Der Vorsitzende der Reichsgewerkschaft des Direktionsbezirks Köln gab die Erklärung ab, daß die Reichsgewerkschaft beschlossen habe, den Streik nicht auf das besetzte Gebiet auszuweiten.

Wirtschaftsbeihilfen

II. Berlin, 1. Febr. Im Beamtensauschuss des Reichstages wurde heute die Frage besprochen, welche Folgerungen aus der Bewährung von Liebererstützungen für die Beamten zu ziehen sein werden. Ministerialdirektor von Schöberl gab die bereits in Aussicht gestellte Erklärung ab, wonach dem Reichstags eine Gesetzesvorlage zugehen wird, die den Reichspräsidenten ermächtigt, im Benehmen mit dem Reichsrat an Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen für die Beamten widerrechtliche Wirtschaftsbeihilfen zu gewähren. Der Ausschuss erklärte sich mit der Einbringung der in Aussicht gestellten Vorlage einverstanden.

Gegen den Streik

II. Erfurt, 1. Febr. Im Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt ist die Beamtenschaft in überwiegenden Teilen gegen den Streik. Schwache Streikneigung besteht nur bei einem Teil von Beamtenspersonen, z. B. bei den Lokomotivführern und beim Zugpersonal. Aber auch hier ist die Streikneigung in einzelnen Teilen sehr verschieden. Die Eisenbahnbeamten in den landlichen Bezirken wollen von einem Streik überhaupt nichts wissen. — Andererseits ist im Bezirk Weichenfeld die Streikneigung stärker als in Erfurt. Die übrigen Bezirke wollen alles daran setzen, um den Betrieb der Eisenbahn möglichst aufrecht zu erhalten.

III. Breslau, 1. Febr. Die hiesigen Ausschüsse der Reichsgewerkschaft haben sich am Samstag gegen den Streik ausgesprochen. Sie haben jedoch von Berlin die Anweisung, sich der Parole der Reichsgewerkschaft zu fügen. Der größte Teil der Beamten ist gegen den Streik.

Die Meinung Lloyd Georges zu Rathenaus Ernennung

III. London, 1. Febr. Der Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit, daß die Ernennung Dr. Rathenaus zum Minister für auswärtige Angelegenheiten aufrechtin begrüßt wird. Lloyd George habe erklärt, Rathenaus Rede in Cannes sei ein Meisterstück genauer Beweisführung und klarer Anrede gewesen. Der Berichterstatter führt die deutsche Diplomatie Rathenaus in die Wilhelmstrasse an den Tag legen, als ein größeres Maß mutiger Initiative nicht unbegrenzt seine auswärtige Politik, einfach mit dem Standpunkt: „Der Versailles Vertrag ist uns von den Gegnern auferlegt worden. Wir sind bereit, ihn durchzuführen, wollen jedoch unsern dauernden Protest ihm durch Ausdruck bringen.“ Das sei nicht der Geist, der gegen zum Ausdruck komme, daß die Schwierigkeiten behoben werden und der schließlich zu einer Erleichterung der großen, dem Besetzten auferlegten Lasten führen könne. Dr. Rathenaus großer Vorteil sei, daß er vollauf die Notwendigkeit für Deutschland begreife, zu einem vollständigen und unmittelbaren Einvernehmen mit Frankreich zu gelangen. Rathenaus werde, wie man glaubt, sicherlich die Politik einer unmittelbaren Annäherung fortsetzen, deren Einleitung er bereits durch die Wiesbaden-Abkommen besorgt habe.

Die Ernennung Rathenaus in französischem Licht

III. Paris, 1. Febr. Die Wahl Rathenaus zum Außenminister hat in Paris nicht überrascht. Die Zeitungen sagen, daß man dieses Ergebnis habe voraussehen können. Die Kommentare zeugen im allgemeinen von einer großen Zustimmung für die Arbeit, für die weitgehende Bildung und die besondere organisatorischen Talente Rathenaus. Man betont für das Rathenaus Wahl zum Außenminister die Wichtigkeit, daß das Reich seit Mai 1921 gemachte Politik dies noch weiter abwickeln werde. Rathenaus wird im allgemeinen als der Verfechter einer internationalen Politik zur Lösung der Reparations- und schwierigen bezeichnet. Man sagt von ihm, er sei der tüchtigste und erfolgreichste Agent, den Deutschland im Ausland hat. Man nimmt an, daß Rathenaus seine Wirtschaftspolitik, die deutschen Reparationen zu erledigen, mit besonderer Eifer fortsetzen werde. Abfällige Urteile über Rathenaus werden nirgends laut.

Deutscher Reichstag

21. Berlin, 1. Febr. Am Regierungstisch Dr. Hermes und Dr. Madorn.

Präsident Loeb eröffnet die Sitzung um 12.00 Uhr. Das Schlußgesetz für die Preussische Landeshauptstadt und die Abänderung der Geschäftsordnung für den Reichstag wird übergeben.

2. Lesung des Gesetzes über Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat

Herrn Siebel (Soz.) verliest den Bericht des sozialpolitischen Ausschusses. Der Ausschuss wünscht, daß § 1 dahin ergänzt wird, daß das Berechtigungsrecht der Betriebsräte im Aufsichtsrat auch auf die berechtigten Gewerkschaften ausgedehnt wird.

Herrn Kammann (N.D.P.) hat beantragt, daß, bevor dieses Gesetz fände, eine Neuordnung des Betriebsratsgesetzes durchgeführt werde, durch welches die Betriebsratsmitglieder eine bessere Legitimation erhalten sollten.

1. Lesung des Etats

Die Aussprache wird fortgesetzt.

Herrn Dr. Meyer (N.D.P.) bezeichnet den Reichshaushalt als ein Spiel mit Zahlen, die keinen praktischen Wert haben.

Herrn Brüchler (N.D.P.) fragt, wer der Reichsregierung die Verantwortung gegeben habe, Maßnahmen zu ergreifen, um den Kapitalistischen Ausland zu ermächtigen.

Herrn Dr. Meyer (N.D.P.) bezeichnet den Reichshaushalt als ein Spiel mit Zahlen, die keinen praktischen Wert haben.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe

Sitzungs-Vorträge

- Bulach: 4. Febr., abends 8 Uhr, in der 'Krone'. Thema: 'Die bad. Verfassung'. Referent: Genosse Seiler, Karlsruhe.
Gauenberheim: 4. Febr., abends 8 Uhr, in der 'Krone'. Thema: 'Das Görtler Programm'. Referent: Gen. Rabner, Karlsruhe.
Wollschlaeger: 4. Febr., abends 8 Uhr, in der 'Linde'. Thema: 'Gemeindepolitik'. Referent: Gen. Gemeinderat Sidler, Ettlingen.
Wingelsheim: 5. Febr., nachm. 3 Uhr, im 'Egel'. Thema: 'Gemeindepolitik'. Referent: Gen. Stadtrat Ged. Karlsruhe.
Mehlsheim: 5. Febr., nachm. 3 Uhr, im 'Kaiser'. Thema: 'Sozialversicherungsfragen'. Referent: Gen. Landtagsabg. Söller, Karlsruhe.
Tiefenbrunn: 5. Febr., abends 7 1/2 Uhr, in der 'Kofe'. Thema: 'Das Görtler Programm'. Referent: Gen. Schulz, Karlsruhe.
Wiltshagen: 5. Febr., nachm. 2 Uhr, im 'Möhl'. Thema: 'Der Bauernkrieg'. Referent: Gen. Sekretär Stenz, Karlsruhe.
Gaden-Baden: 5. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im 'Waldrill'. Thema: 'Steuerfragen'. Referent: Gen. Böhlinger, Karlsruhe.
Durlach: 9. Febr., abends 8 Uhr, im 'Ramm'. Thema: 'Das Görtler Programm'. Referent: Gen. Pfalzgraf, Durlach.
Zurmerheim: 11. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im 'Dirsch'. Thema: 'Das Görtler Programm'. Referent: Gen. Kadner, Karlsruhe.
Rappeltobad: 11. Febr., abends 8 Uhr, im 'Rehfeld'. Thema: 'Das Görtler Programm'. Referent: Gen. Parteisekretär Trinks, Karlsruhe.
Malsch: 11. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im 'Mahlberg'. Thema: 'Arbeiterversicherung'. Referent: Gen. Arbeitersekretär Erk, Karlsruhe.
Niederbühl: 11. Febr., abends 7 1/2 Uhr, im 'Dirsch'. Thema: 'Das Görtler Programm'. Referent: Gen. Pfalzgraf, Durlach.
Forst: 12. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, in der 'Traube'. Thema: 'Sozialversicherungsfragen'. Referent: Gen. Stadtr. Schön, Karlsruhe.
Oberachern: 12. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, im 'Rehfeld'. Thema: 'Das Görtler Programm'. Referent: Gen. Parteisekretär Trinks, Karlsruhe.
Steinfeld: 12. Febr., nachm. 2 1/2 Uhr, in der 'Krone'. Thema: 'Gemeindepolitik'. Referent: Gen. Landtagsabg. Kurz, Wöhringen.
Durlach: 13. Febr., abends 8 Uhr, in der 'Friedrichschule'. Thema: 'Geschichte der deutschen Sozialdemokratie'. Referent: Gen. Prof. Kochbach, Karlsruhe.

Gaggenau: 14. Febr., abends 7 1/2 Uhr. Thema: 'Der Bauernkrieg'. Referent: Gen. Parteisekretär Trinks, Karlsruhe.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Volkskalender. Diejenigen Mitgliedschaften, die mit der Entsendung der Gelder für die vom Sekretariat bezogenen Volkskalender noch im Rückstand sind, werden ersucht, umgehend das Verfallene nachzuholen.

Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Bergshausen, 31. Jan. Durch die hiesigen Ortsstraßen bewegte sich heute nachmittag ein großer Leichenzug; die hiesigen Lebersteine unseres Parteigenossen Aug. Müller wurden zu Grabe getragen.

Graben, 31. Jan. Sonntag, 5. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im 'Erbprinzen' der 3. Vortrag des Gen. Hauptlehrer Haber über die 'Geschichte des Deutschen Volkes' statt.

Forst, 31. Jan. Samstag, 4. Februar, abends 8 Uhr, findet im Lokal zum 'Schwan' die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt.

Sell a. S. Nächsten Sonntag, 5. Febr., nachmittags 3 1/2 Uhr findet im 'Varen' ein Bildungs-vortrag statt.

Stutenheim, 30. Jan. Letzten Sonntag fand im überfüllten Saale des Gasthauses zur 'Krone' eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Gemeinderat Glunz aus Eillingen, in 1 1/2 stündigen Vorträge über die neue Gemeindeordnung sprach.

Gemeindepolitik

Bergshausen, 31. Jan. Gemeindefest. Da es in einer außerordentlichen Gemeindefestsetzung wegen des Gehaltsänderungsbeschlusses, zu keinem Resultat kam und der Bürgermeister es nicht für notwendig findet, den Bürgerausschuß zu hören, zumal die hierfür eingestellte Summe von 30.000 M. in den Voranschlag 1921-22 für Gehaltssteigerung nicht entfernt ausreicht, legen sämtliche Gemeinderäte mit Ausnahme des Sparkassenrechner ihr Amt nieder.

Soziale Rundschau

Erfolge des 'Mfa'-Bundes bei den Angestellten-Verständigungswahlen

Bei der am Sonntag in Mannheim stattgefundenen Wahl zur Angestelltenversicherung entfielen auf die 'Mfa' 1922 = 2 Vertrauensleute und 3 Ersatzleute, die dem Gegner 243 Stimmen, 2 Vertrauensleute und 5 Ersatzleute.

Nastatt, 1. Febr. Die Wahlen zur Angestelltenversicherung hatten in Nastatt, Gernsbach und Gaggenau zusammengefaßt folgendes Ergebnis: Die Liste A des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften erhielt 226 Stimmen, die Liste B des Mfa-Bundes 310 Stimmen und die Liste C des Gewerkschaftsbundes der Angestellten 104 Stimmen.

Die Erwerbslosigkeit in Deutschland

Die in den Monaten Oktober-November mit rund 150.000 unterfüllten Erwerbslosen ihren tiefsten Stand erreicht hatte, weist für den Monat Dezember 1921 wieder eine Zunahme auf. Die Zahl der unterfüllten Erwerbslosen - nicht gleichbedeutend mit der höheren Zahl der Erwerbslosen überhaupt - ist nämlich auf 164.000 gestiegen.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Badische Politik

Der Staatsvoranschlag

Am gestrigen Mittwoch dem Landtag zugegangen. Der Haushaltsausschuß hatte sich in einer kurzen Sitzung am vorigen Freitag über die Verteilung der einzelnen Budgets vorläufig wie folgt verhandelt. Es erhalten Sozialdemokratie: die Voranschläge für Kultus und Unterricht, sowie für die Justiz; das Zentrum: die Voranschläge für das Staatsministerium, das Finanzministerium und das Ministerium des Innern; Demokraten: den Voranschlag für das Arbeitsministerium; Deutschnationalen: Oberdirektion und Bergwerk; Landbund: Landtag; Deutsche Volkspartei: Eisenbahnausbauungskasse (steht noch aus); Unabhängige und Kommunisten: Oberrechnungskammer.

Klärung in der Studentenschaft

Nach langer Arbeit hat die 'Deutsche Studentenschaft' ein Notverfassung ausgearbeitet und am 16. Januar in der Hauptversammlung angenommen, die vielleicht trotz offensichtlicher Mängel etwas zur Beruhigung der deutschen Studentenschaft führen kann.

Hierzu erhalten wir nun von dem Leiter des 6. (südwestdeutschen) Hochschulkreises der 'Deutschen Studentenschaft', Herrn cand. ing. Otto Frenereh-Karlsruhe eine Zuschrift, wonach die Vertretung (Komitee oder A.St.V.) der Studentenschaft der Technischen Hochschule Karlsruhe, wohl als erste aller Deutschen Studentenschaften, diese Notverfassung einstimmig, auch mit sämtlichen Stimmen des Karlsruher Hochschulkreises, angenommen hat.

Wenn sich aus diesem Omen durch die zwischenzeitlich bereits erneut wieder hervorgetretenen Differenzen an verschiedenen deutschen Hochschulen über diese Notverfassung nicht als ganz zureichend erwiesen hat und wenn wir auch verschiedene Punkte der Notverfassung, so vor allem die Berücksichtigung der Staatsangehörigkeitserwerb mit dem Endtermin des 11. November als sehr milde ausgedrückt - Zeichen mangelnden Verfassungsvorstandes beanstanden müssen, so freuen wir uns doch sehr über die Unterstützung, die diese Angelegenheit durch die Studentenschaft zu bevorzugen, wenn uns auch der Weg hierzu noch ein sehr weiter dünkt.

Eine badisch-schweizerische Konferenz über die Ausbauung der Oberheinwasserkräfte.

Vom 30. Januar bis 1. Februar tagte in Freiburg i. Br. eine badisch-schweizerische Kommission, die die technischen, wirtschaftlichen und verwaltungsmäßigen Bedingungen zu beraten, die bei weiterer Kraftwerke am Oberrhein zwischen Basel und dem Bodensee herbeizuführen sind.

Ein Held des Landbundes.

Die Wochenchrift des badischen Landbundes, ist ein Artikel 'Der Landbund und die Parteien' erschienen, der sich in Bezug auf Geistreichheit und egoistischer Selbstgefälligkeit würdig neben die Ausführungen stellen kann, die der Landbundsleiter Karlsruher, kürzlich im badischen Landtag machte.

Advertisement for 'Deutsche Teigwaren' (Maccaroni and Eiernudeln) featuring the text 'Ein Volks-Nahrungsmittel' and 'Wohlschmeckend und von hohem Nährwert'.

Anfrage an das Wohnungsamt und an Herrn Bürgermeister Schneider

In den letzten Wochen konnte man in den Tagespressen lesen, daß das Vorne für die Genossenschaften und für die Pri- vate erleichtert werden soll. Das scheint nun nicht der Fall zu sein, und richten wir deshalb an das Wohnungsamt und an Herrn Bürgermeister Schneider zwecks Berücksichtigung der Bau- wüchigen das Ersuchen, uns folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Ist es wahr, daß in den Weiberäcker eine ganze Anzahl kleiner Leute Mangelgüter eingekauft haben?
2. Ist es wahr, daß man diesen Leuten 80 Mark für den Quadratmeter Platz bei einer Flächgröße von 300 Quadrat- meter und 60 Mark über 300 Quadratmeter verlangt begin, vorgerechnet hat?
3. Ist es ferner wahr, daß man den Bauwüchigen in den Wei- beräcker nur 75 Proz. Zuschuß geben will?
4. Glaubt man im Rathaus und im Wohnungsamt, daß sich auch nur ein Bauwüchiger finden wird, wenn derartige Be- dingungen und Preise gestellt werden?

p. Wäberdiebstahl. Gestern wurde ein Photograph von hier dabei betreten, wie er in einer tiefen Wühlgrube 2 Wäber im Werte von 874 M. entwendete. Bei seiner fälschlichen Durch- suchung wurde ein weiteres Stück vorgefunden, das er kurz zu- vor in einer anderen Wühlgrube gestohlen hatte. Außerdem hatte er in seiner Wohnung 6 Wäber, die von Diebstählen her- rührten.

Valuta-Bericht vom 1. Februar

Die Mark notierte heute in der Schweiz circa 2.52 Cis. Auszahlung Holland notierte etwa 75.40 M. per holl. Gulden. Schweiz notierte etwa 89.85 M. per schw. Fr. England notierte etwa 87.8 M. per Pfd. Sterl. Frankreich notierte etwa 10.95 M. per frz. Fr. Neuhof notierte etwa 203 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landes- witterungsstelle vom 2. Februar

Vorausprognostische Witterung: Zunächst noch teilweise heiter, später Trübung und Regen, mild.

Wassersand des Rheins

Schüttungsmenge: 96; Rest 200, gef. 3; Max. 338, gef. 2; Mannheim 256, gef. 16 Zentimeter.

Kleine badische Chronik

* Offenheim bei Rastatt, 1. Febr. Beim Sprengen von Stumpen ist der 84jährige ledige Landwirt August Decker tödlich verunglückt. Er wollte nach einem nicht losgerangenen Schuß gehen, als plötzlich die Explosion erfolgte und Decker in die Luft geschleudert wurde. Er war auf der Stelle tot.

* Mannheim, 1. Febr. Auf dem Weg zur Arbeitsstelle tritt der 55jährige Tagelöhner Philipp Fierz von Neckarau aus, fürchte zu Boden und erlitt eine schwere Gehirnerschütterung, daß er starb. — Der 72jährige Kind einer Polierfamilie in Käfertal trennt aus Versehen Salmiakgeist und erlitt schwere innere Verletzungen.

* St. Georgen bei Freiburg, 1. Febr. Fremdenlegion. Kürzlich beschämend der in einem tiefen Goffhaus angelegte Knecht Joseph Biss und gleichzeitig mit ihm ein anderer Knecht. Die Vermutung, daß beide in die Fremdenlegion wollten, bestä- tigte sich. Biss konnte in Frankfurt ermittelt werden, als er sich gerade ansah, auf das Werkbüro der Fremdenlegion in Mainz zu gehen. Der Genannte ist noch nicht 18 Jahre alt und hatte sich von dem andern Knecht verleiten lassen.

* Kankanz, 1. Febr. Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich hier zwischen dem Polizeiwachmeister Weber und dem verheirateten Handelsmann Heinrich Leber und seinem ledigen Bruder. Die beiden waren während durch die Straßen gezogen und von dem Polizeiwachmeister zur Ruhe verwiesen worden. Sie fielen nun über den Wachmeister her, entrißen ihm seinen Säbel und brachten ihm eine schwere Kopfverwunde und fünf Stichwunden bei.

* Kleine badische Chronik. Auf der Bahnstrecke Rheinweiler Kleinems wurde ein männliche Leiche gefunden; der Kopf war vom Rumpfe abgetrennt. Vermutlich handelt es sich um einen Lebensmüden, der sich überfahren ließ. — In Kleinems kam es im Rheinischen Hof zwischen einem Friedlinger Weg- zer und einem Maurer aus Blauenlingen zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf der letztere dem Friedlinger Wegzer mit einem scharfen Messer einen Stich in die Schläfe versetzte, ohne ihm jedoch tödlich zu treffen. — In Windischlag (Amt Drensbürg) geriet der Sohn des hiesigen Maurers Birt in die Transmigration. Er wurde mehrmals herumgeschleudert, kam aber mit einem Beinbruch davon.

Schwarzbrenner in Esental

In einer der letzten Nächte wurde in Esental (Amt Bühl) ein vom Ministerium des Innern im Benehmen mit dem Landesfinanzamt angeordnetes polizeiliche Kon- trolle auf unerlaubtes Brennen vorgenommen. In diesem Ort, wo vor kurzem auf einen Zollbeamten bei einer feuerlichen Nachschau mehrere scharfe Schüsse abgegeben worden sind, wurden bei der Durchsuchung erhebliche Men- gen zum Brennen bestimmten Materials (u. a. Ruder, Marmelade, Trester- und Rübenmätze) vorgefunden, außerdem Schwarz- und Geheimbrenner festgestellt. Das vorgefundene Material wurde beschlagnahmt; die Durch- suchung wurde in derselben Weise wie bei den anderwärts erfolgten Kontrollen durch Gendarmerie und Gruppen- polizei unter Leitung von Zollbeamten ausgeführt. — Wegen des erdohnten Angriffs auf den Zollbeamten ist gerichtliche Verfolgung eingeleitet.

Vom Wobensee

Kankanz, 19. Jan. Mit dem 1. Februar werden die Ver- fahrungsgebühren für den Personenverkehr des Wobensees um 150 Proz. d. h. um das Doppelte gegenüber dem Friedenspreis erhöht. Von diesem Tage ab fallen die Kilometerabonnements wea. für den Geschäfts- und Parkverkehr werden Monatskar- ten, für den Vergnügungsverkehr Sonntagskarten eingeführt. Für Monatskarten wird der 18fache, für Wochenkarten der drei- fache Fahrpreis berechnet, bei den Sonntagskarten (doppelte ein- fache Karte) beträgt die Ermäßigung 25 Proz. — Die Inspek- tion begründet die Erhöhung damit, daß die Einnahmen seit langem weit hinter den Selbstkosten zurückgeblieben sind; der Ausfall war größer als bei der Bahn, weil die Erhöhungen der Bahnkarte härter waren als bei den Schiffstaxen; daher er- fordert die schlechte Finanzlage der Dampfschiffverwaltung eine namhafte Erhöhung. — Schon die letzte Erhöhung der Ta- xen hat — wie übrigens jede Erhöhung — Unwillen erregt. Die schlechte Finanzlage aller Dampfschiffverwaltungen des Wobensees ist bekannt. Auch die schweizerische Dampfschiffverwal- tung für den Untersee und Rhein hat ihre liebe Not. Die österreichische Dampfschiffverwaltung steht nicht besser. Schuld an den schlechten Finanzlagen ist aber die Selbstverwaltung der Dampfschiffahrt von jedem einzelnen Staat. Jeder der fünf Wobenseestaten hat eine eigene Verwaltung; und jede dieser Verwaltungen wäre imstande, den ganzen Wobenseeverkehr zu leiten und zu verwalten. In diesem Sinne ging kürzlich durch die gesamte Presse am Wobensee ein Artikel, der die „Mäteschiffahrt“ am Wobensee — gemeint sind die Räte und leitenden Herren der Dampfschiffverwaltungen — gelobt. Wenn irgendwo eine Vereinheitlichung am Platze ist, und diese wäre möglich, wenn jeder der Wobenseestaten auf seine eigene Flotte verzichtet, dann ist es hier.

Landesversammlung des Verbandes badischer Steinbild- hauer und Grabmalgeschäfte. Der Verband badischer Steinbild- hauer und Grabmalgeschäfte, Sitz Lörrach, hielt in Freiburg seine diesjährige Landesversammlung ab, die einen sehr regen Besuch aus den Reihen des einschlägigen Handwerks und der Kunstlerenschaft aufwies. An die Erhaltung des Geschäftsberichts durch den Verbandsvorsitzenden schloß sich der Bericht über den Natursteinkongreß in Eisenach und über die Tagung des „Do- grab“ in Würzburg sowie ein Vortrag des Verbandsvorsitzenden über „Der Kunststein auf unseren Friedhöfen“. An ausführ- lichen Darlegungen wurde gegen das fabrikmäßige Ueberhand- nehmen der Kunststeinindustrie auf den Friedhöfen Stellung genommen und einstimmig in einer Resolution gefordert, daß durch die in Frage kommenden Anlagen und Behörden Mittel und Wege gefunden werden, das fabrikmäßige Herstellen von Grabsteinen und Denkmälern in Baden für die Zukunft auf den Friedhöfen zu verbieten. Damit soll nicht eine Kampf- anlage gegen den Kunststein an sich ausgesprochen werden, viel- mehr handelt es sich einzig nur darum, zu vermeiden, daß ein und derselbe Stein in unbeschränkter Exemplaren auf denselben Friedhof zur Aufstellung gelangt.

Der Treuesche. Der als Erziehungsrat bekannte Professor der Jurisprudenz an der Universität Berlin, Ulrich E i u b, rief kürzlich in einem Kolleg pathetisch aus: „Wo ist die deutsche Treue hin, meine Herren?“ — Aus dem Hintergrund ertönte halblaut, aber deutlich hörbar die Antwort: „Nach Holland!“ — Darauf fuhr der Herr Professor stillschweigend in seine Aufzeich- nungen sah und sich von der Politik wegwandte.

Verpachtung der Eisenbahn-Kellere in Baden. Wie der Badische Verkehrsverband mitteilt, ist die alleinige Ausnützung der Kellereflächen auf Bahngelände im Bereich der ehemaligen badischen, württembergischen, bayerischen und sächsischen Staats- eisenbahnen mit Wirkung vom 1. Januar 1922 der Süddeutschen sächsischen Kelleregesellschaft m. b. H. in München, Marien- platz 25 übertragen worden. Damit ist nimmere auch in Baden die Privatverpachtung in den Bahnhöfen zugelassen worden, nach- dem bereits alle übrigen deutschen Bahnen in gleicher Weise dem bereits schon vor dem Kriege vorangeschritten waren. Die che- mialigen badischen Landbahnen hatten früher mit Rücksicht auf den Charakter der Landbahnen keinen Verkehr und inter- nationales Fremdenverkehrsgebiet und dessen hervorragende landschaftliche Schönheiten, sowie der dem Charakter der Um- gebung und der Landschaft angepaßten Bahnhöfe und Kunst- bauten auf die mit Zulassung der Privatverpachtung verbundenen nicht unerheblichen Einwirkungen verzichtet. Bei der finanziellen Notlage der Eisenbahn liegt sich dieser Standpunkt nicht mehr aufrechterhalten. Es darf jedoch gleichwohl erwartet werden, daß die früheren berechtigten Bedenken bei Durchführung der Eisenbahnverpachtung möglichst berücksichtigt werden. Gegen etwaige Auswüchse der Kellere schweben außer dem eisenbahnseitig vor- behaltene Verfügungsrecht die gesetzlichen Bestimmungen über Verunstaltung der Landschaft sowie der Heimat- und Denkmal- pflege.

Gerichtszeitung

Karlsruher Strafkammer

* Karlsruhe, 31. Jan. Eine siebenbürgische Diebes- und Geheimgesellschaft hat heute vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts. Zu verantworten hatten sich wegen erschwerter Diebstahls und gewerbsmäßiger Schlerei der 30jährige Goldarbeiter Wilhelm Stahl aus Enzberg, der 25- jährige Ringmacher Hermann Stahl aus Enzberg, der 29jährige Goldarbeiter Karl Birkle aus Altsiegen, der 30jährige Fabrikant Josef Butt aus Wilsingen, der 31 Jahre alte Heimarbeiter Friedrich Niefle, der 27 Jahre alte Goldschmied Erwin Dör- wächter aus Pforsheim und der 31 Jahre alte Schlosser Gustav Hittler aus Enzberg, sowie der Metzger Erwin Wegger aus Enz- berg, der jedoch flüchtig gegangen und nicht zur Verhandlung erschienen war. Der Hauptangeklagte Wilhelm Stahl hatte in der Zeit vom Februar 1920 bis Oktober 1921 in Pforsheimer Wajouteriegeschäften 46 nadelartige Einbruchschlüssel, teils un- ter Lebensgefahr, ausgeführt, bei denen er größtenteils fabri- kate der Porzellan-Industrie aus Gold, Silber und Alpacca, kleinere Geldbeträge, Werkzeuge, Kleidungsstücke, Fahrräder, einen Elektromotor, Kleider usw. im Gesamtwert von 300 000 M. er- beutete. In derselben Zeit machte Stahl 16 Einbruchversuche und beging zusammen mit seinem Bruder Hermann Stahl neun weitere Einbrüche und sechs Verbrechen, bei denen ihnen Gegen- stände im Werte von 110 000 M. in die Hände fielen. In zehn Fällen erbeuteten die Angeklagten Gegenstände im Werte von 10 000 bis 50 000 M. Wilhelm Stahl war im ganzen gefänglich und bestritt nur einen Diebstahl. Er gab an, aus Not gehandelt zu haben. Die geüblichen Gegenstände wurden an die Ange- klagten Birkle, Butt, Niefle und Dörwächter verkauft, welche diese teils einschmolzen, verarbeiteten oder weiter veräußerten. Die wegen Schlerei angeklagten vier Personen wollten in den

meisten Fällen nicht gemußt haben, daß es sich um Diebesgut handelte. Schließlich wird den Angeklagten Wilhelm Stahl und Hittler zur Last gelegt, daß sie in der Nacht vom 25. zum 26. August 1921 in Neuhofheim (Württemberg) vom Friedhof aus an der Klosterkirche die Tür erbrachen und aus dem Tabernakel zwei vergoldete, einen Silberfisch und eine in Silber gefasste Reliquie im Wert von 1100 bis 1300 M. entwendeten. Die Re- liquiegegenstände wurden nach Stuttgart zum Angeklagten Birkle gebracht und dort eingeschmolzen.

Nach fast neunstündiger Verhandlung wurde folgender Urteil verkündet: Wegen erschwerter Diebstahls und Dieb- stahlsversuchs erhalten die Angeklagten Wilhelm Stahl 8 Jahr- stuchthaus, Hermann Stahl 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, wegen gewerbsmäßiger Schlerei Karl Birkle 1 Jahr 8 Monate Zuchthaus, Josef Butt 2 Jahre Zuchthaus, Friedrich Niefle 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Erwin Dörwächter 6 Monate Gefängnis und wegen schwerer Diebstahls Gustav Hittler 1 Jahr Zuchthaus. Bei den Angeklagten Wilhelm Stahl, Butt, Niefle und Dörwächter gelten 3 Monate und 2 Wochen als durch die Unter- suchungshaft verbüßt. Dem Angeklagten Wilhelm Stahl werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren, den Angeklagten Hermann Stahl, Birkle, Butt, Niefle und Hittler auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt.

Letzte Nachrichten

Die schweizerische Legation in Bern

Bern, 1. Febr. Der Nationalrat hat mit 170 gegen 34 Stimmen dem Gesetzentwurf über die Liquidation des Bun- desstrafrechts (Legation Haerberlin) angenommen, durch welche nicht nur die Beteiligung an Unruhen, welche die Sicherheit des Staa- tes bedrohen, bestraft, sondern auch die Sozialisten und die Kom- munisten. Der Entwurf bedarf noch der Genehmigung durch das Volk.

Eine Betriebsabstimmung über den 8-Stundentag

Berlin. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge wurde in der Karlsruher-Werkschäfte Hubertus in Anseps bei Kronach eine Betriebsabstimmung über die Arbeitszeit vorgenommen. Dabei stimmte eine überwiegende Mehrheit für den neunstün- digen Arbeitstag, um den Verdienst zu erhöhen.

Sozialistische Ministerkonferenz

II. Dresden, 1. Febr. Wie amtlich mitgeteilt wird, fand gestern in Leipzig wieder eine Zusammenkunft der sozialistischen Minister von Sachsen, Thüringen, Braunschweig und Anhalt statt. Besprochen wurde insbesondere die Justizverwaltungs- reform.

Keine Vertagung der Genuefer Konferenz

II. Paris, 1. Febr. Aus London wird gemeldet, daß von einer Vertagung der Genuefer Konferenz keine Rede sein könne. Sie werde wahrscheinlich am 8. März beginnen und etwa 2 bis 3 Wochen dauern. Es würden etwa 2000 Personen nach Genua kommen. Einladungen seien an 35 Staaten ergangen. Alle Eingeladenen hätten zugestimmt mit Ausnahme von Amerika. Demgegenüber macht man in Paris erneut Stimmung für eine Vertagung der Konferenz, der zuerst eine Sitzung des Obersten Rates vorhergehen solle.

Die Sowjetwahlen

Moskau, 1. Febr. Nach einem Telegramm aus Moskau hatte die Wahl für die russische Sowjet folgenden Er- gebnis: 496 Kommunisten, 46 Unabhängige und 1 Menschewik.

Zur Flucht Dittmars

II. Amsterdam, 2. Febr. Aus London wird gemeldet: Der diplomatische Mitarbeiter des Londoner Daily Telegraph schreibt, daß durch die erfolgreiche Flucht der zwei schlimmsten II-Bool-Verbrecher ohne Zweifel von der britischen Regierung über diese Vorfälle ernste Vorstellungen gemacht werden würden.

Spanien macht Schluß in Marokko

Madr. Madrid, 1. Febr. Die militärischen Operationen in Marokko wurden eingeleitet.

Schriftleitung Georg Schöpslin. Verantwortlich: für Ar- tikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Feuilleton Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindefachliches, Soziale Rundschau, Genos- senschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Eisele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Geschäftliches.

Lotterie. Allgemein werden die Bad. Staufling-Lotterien- Lose wegen ihres wöchentlichen Ausweises gerne gekauft. Zur Ver- losung kommen nur Geldgewinne. (S. d. Anz.)

Gebrüder Scharff. Wir empfehlen: Marmelade in 1 Pfd.-Gläsern und offen Pfd. 7.-, 8.-, 9.-. Erbsen gelbe und rote Pfd. 5.50. weiße Rangoon Pfd. 4.-. Bohnen Pfd. 4.-. Linsen Pfd. 7.75. Riesenheringe Stück 1.-. Getrocknete, kalif. Pflaumen Pfd. 12.-. Mischobst Pfd. 8.-. Vollreis Pfd. 7.- und 8.-.

Ia Strickwolle. bez. kreislo. Englmann, Hauptvertrieb. 27. 211. Beste Gelegenheit für Wiederverk. Tel. b. 10 Uhr ab. Kleider, Schuhe, Wäsche etc. kauft stets zu höchsten Preisen 218. S. Agelrod, Tel. 3980. Eisenwerkstr. 32, II. Wir suchen für sofort mehrere tüchtige 2428. Hobler Reparatur-Schlosser sowie fräher Schaerer & Co. Werkzeugmaschinenfabrik Karlsruhe-Rheinhausen

Hilfsbund Vertrieb. Elßig-Lothringer. Ortsgruppe Karlsruhe, Gillingstr. 2. Freitag, den 3. Februar, abends 8 Uhr, im „Eisemann“, Kaiserstr. 32. Jahres-Generalsammlung. Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Geschäftsbericht, 3. Kassenbericht, 4. Renzähl des Gesamt- vorstandes, 5. Verschiedenes. 2441. Das Mitgliedbuch gilt als Ausweis. Um zahl- reichen Besuch wird gebeten. Der Vorstand. Mastatter Anzeigen. Unterstützung betr. Die Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Angestellten-Versicherung können auf Antrag eine Unterstützung erhalten. 249. Anträge sind binnen 1 Woche anzureichen. Nähere Auskunft im Rathaus, Zimmer 12. Rastatt, den 31. Januar 1922. Das Bürgermeisteramt. Sand- und Kies-Preise. Von heute ab kosten: a) Genuesener Sand und Kies: Ein Einspanner-Wagen . . . 20.—, Ein Zweifspanner-Wagen . . . 30.—, b) Angeworfener Sand: Ein Einspanner-Wagen . . . 10.—, Ein Zweifspanner-Wagen . . . 15.—. Rastatt, den 26. Januar 1922. 250. Der Gemeinderat.

